

SA. und SS. im neuen Deutschland

Die SA. und die SS., die vielleicht wichtigsten Organe der nationalsozialistischen Bewegung, haben im vergangenen Jahre naturgemäß eine tiefgreifende Wandlung durchgemacht und durchmachen müssen, wenn sie auch im Grunde die Alten geblieben sind. Es war von vornherein klar, daß mit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus diese Kampfgruppen der nationalen Bewegung sich vor völlig neue Aufgaben gestellt sehen würden. Galt es in den Jahren 1923, den Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken zu führen, so galt es nun, nachdem die friedliche Revolution sich vollzogen hatte, die einmal errungene Position zu festigen und den Bestand des neuen nationalen Deutschland zu sichern.

Die nationalsozialistischen Kampfbünde waren bekanntlich im Jahre 1923 geschaffen worden, als der marxistische Terror gegen die erstarkende nationale Bewegung zu toben begann, als kommunistische Banden mit Stöcken und Messern bewaffnet in die Versammlungslokale der Nationalsozialisten eindrangen, da sie mit geistigen Argumenten gegen die Redner der nationalen Bewegung nicht ankommen konnten. Einige wenige Mann waren es, die in der historischen Bürgerbräu-Versammlung den Saalkuch verteidigten und binnen kurzer Zeit eine vielfache Uebermacht in die Flucht schlugen. Sie sind zum Stamm der SA. geworden. In aller Erinnerung sind noch die unerhörten Schikanen, denen in den folgenden Kampffahren SA. und SS. ausgesetzt waren, und die in dem von der Regierung Brüning verhängten Verbot ihren Höhepunkt fanden. Aber keine Macht der Welt konnte den Vorkämpfer der nationalsozialistischen Idee mehr aufhalten. Die SA. wurde immer härter. Ueberall, wo es galt, für den Sieg des nationalen Gedankens zu kämpfen, waren die braunen und schwarzen Soldaten zur Stelle. Mutig verteidigten sie ihre Sturmlöcher gegen die Angriffe kommunistischer Mordbanden, und mancher von ihnen mußte seine Treue zu seinem Führer mit dem Leben bezahlen.

Dann kam der 30. Januar 1933. Viele tausend SA.-Leute desillierten am Abend jenes Tages, der eine Schicksalswende für das Vaterland bedeuten sollte, vor dem greisen Marschall, dem Verkörperer der Tradition des alten deutschen Heeres, und Adolf Hitler, dem Gefreiten dem Weltkrieges, der fortan die Geschichte des Reiches in die Hand nehmen sollte. Nun war aber für SA. und SS. keineswegs eine Zeit angebrochen, in der sie sich auf ihren Vorbeeren ausruhen konnten. Im Gegenteil. Der Kampf war siegreich beendet, aber noch immer versuchten die Gegner von einst an dem neu errichteten Gebäude zu rütteln. Vergeblich. Fester denn je standen die Sturmabteilungen und wiesen jeden Angriff zurück, von welcher Seite er auch kommen mochte. Ruhe und Ordnung zogen in deutsche Lande ein und ihre Garanten waren die Sturmjoldaten im braunen Hemd. Ihre Aufgabe ist es, den alten Frontgeist, den Geist der Disziplin und der Kameradschaft aufrecht zu erhalten.

Entsprechend den neuen Aufgaben und dem organischen Einbau der Verbände in den Staat wurde naturgemäß eine neue Organisation nötig. Nachdem jeder Zwang gefallen war, kamen unzählige Männer zur SA. und SS., um in den Dienst des neuen Deutschland zu treten, und die Formationen wurden von Tag zu Tag stärker, so daß sich die Oberste SA.-Führung schließlich genötigt sah, eine Ausnahmeperre zu verhängen. Von besonderer Bedeutung war es ferner, daß auch der Stahlhelm, nachdem er einige Zeit als selbständiger Verband bestanden hatte, in die SA. eingegliedert wurde. Die endgültige Regelung wurde erst in letzter Zeit getroffen. Danach besteht die SA. als aktive Formation, während der Stahlhelm die SA.-Reserve 1 und die im Ruffhäuserbund zusammengeschlossenen Regiments- und Kameradenvereine die SA.-Reserve 2 bilden.

Die Organisation der SA. selbst hat sich nur wenig verändert, nur anstelle der Untergruppen sind die Brigaden getreten. An der Spitze der gesamten SA. steht der Stabschef Röhm, dem der Reichsführer der SS. Himmler und sein Stabschef Seidel-Dittmarich unterstehen. Der Stab der Obersten SA.-Führung mit seinen Abteilungscheffs und Referenten hat seinen Sitz in München. Die oberste Einheit ist die Obergruppe, deren sieben im Gebiet des Reiches und eine sich in Oesterreich befinden. Die reichsdeutschen Obergruppen und ihre Führer sind folgende:

- Obergruppe 1 Königsberg: Schöne,
- Obergruppe 2 Stettin: Lihmann,
- Obergruppe 3 Breslau: Heines,
- Obergruppe 4 Dresden: von Klinger,
- Obergruppe 5 Frankfurt a. M.: von Jagow,
- Obergruppe 6 Hannover: Luhe,
- Obergruppe 7 München: Schneidhuber.

Den Obergruppen unterstellt sind die Gruppen, ihnen wiederum die Brigaden. Dann folgend in Einheiten Standarte, Sturmabteilung, Sturm, Trupp und Schar. Bei der SS. ist die höchste Einheit der Oberabteilung, dann kommen die Ab-

Tagespiegel.

Am heutigen Jahrestag der nationalen Erhebung tritt der Reichstag wieder zusammen.

Die Regierungserklärung durch Reichkanzler Hitler im Reichstag wird am Dienstag 3 Uhr auf alle deutschen Sender übertragen.

In Berlin wurde am Montag vom englischen Botschafter ein Memorandum der britischen Regierung zur Abrüstungsfrage überreicht.

Der britische Außenminister Simon sprach im Unterhaus über Abrüstung und Völkerbundreform.

In Paris ist Daladier bei der Kabinettsbildung. Die neue Regierung soll aus neuen Persönlichkeiten zusammengesetzt sein.

Auf der Akademie für Deutsches Recht in Berlin sprach eine italienische Professorin.

Schnitte, denen wiederum die Standarten und ihre Unterformationen angehören.

So sind in der SA. und ihren Nebenverbänden — z. B. untersteht auch das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps der Obersten SA.-Führung — weite Kreise des deutschen Volkes zusammengefaßt, die, weit davon entfernt, Soldaten mit der Waffe in der Hand zu sein, eine staatspolitische Schulung durchmachen, wie sie besser nicht gedacht werden könnte. Das letzte Jahr hat gezeigt, daß die SA., wie der Stabschef in seiner jüngsten Rede bei der Führertagung in Friedrichroda gesagt hat, ein Garant dafür ist, daß der Kameradschaftsgeist der Fronttruppen in Deutschland bleibt.



Adolf Hitler,
der Führer des Reiches seit einem Jahre.

Durchbruch zum Dritten Reich

Aus einer Umfrage bei führenden Männern des neuen Deutschland.

Bizkanzler von Papen

Am ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung blicken wir stolz und dankbewegten Herzens auf das Gewaltige zurück, das unter Adolf Hitler für unser Vaterland von Führung und Volk geleistet worden ist. Die Größe des lediglich aus dem deutschen Volke heraus Geschaffenen gibt uns das Gefühl der freudigen Gewißheit, daß auch die vielen und schweren Aufgaben, die ihrer Lösung heute noch harren, in innigem Verbundenheitsgefühl zwischen Führer und Gefolgschaft in strengster Pflichterfüllung, Opferfreudigkeit und Einigkeit gemeistert werden.

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß

Machen wir uns klar, daß dieses Datum auf unabsehbare Zeiten der bedeutungsvollsten Bedeutung für das Deutsche sein wird.

Denn mit dem 30. Januar wurde Deutschlands Rettung vor unaufhaltsam scheinendem Verfall und der Wiederaufstieg aus der tiefsten Erniedrigung seiner Geschichte eingeleitet.

Am 30. Januar 1933 wurde der Grundstein gelegt zum neuen Deutschland. Heute nach einem Jahr sehen wir voll Stolz auf die errichteten Teile des Rohbaues. Er zeigt in diesem deutlichen die klaren Linien des nationalsozialistischen Staates. In manchem unterscheidet er sich noch nicht von anderen Rohbauten. Die alten Kämpfer der Bewegung aber, die Adolf Hitler kennen, wissen, daß der Neubau in seiner Vollendung auch die Vollendung des Nationalsozialismus sein wird.

Das zweite Jahr des Nationalsozialismus beginnt!

Stabsleiter der PD. und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley

Der Stabsleiter der Volkstischen Organisation der NSDAP, Dr. Robert Ley, erklärt in seiner Eigenschaft als Stabsleiter der PD. zum 30. Januar folgenden Aufruf:

Der 30. Januar 1933 gab Adolf Hitler die Macht. Damit gehört dieser Tag zu den größten Daten der deutschen Geschichte. Blickt man nur ein Jahr zurück, so will einem schier der Atem stoßen über die gewaltige Umwälzung im Volk und Staat. Was wir selbst in kühnsten Träumen als nicht erreichbar für diese kurze Spanne Zeit hielten, wurde erreicht. Des Führers Arbeit in diesem einen Jahre würde schon genügen, Deutschland für Jahrhunderte hinaus ein neues Gesicht auszubilden. An diesem gigantischen Werk mitgeholfen und mitgearbeitet zu haben, ist der berechnete Stolz der politischen Organisation der Partei. Nur eine in den früheren Kampffahren vorbildlich ausgebaute straffe Organisation mit ihren Sparten und Nennern ermöglichte es, reibungs- und mühelos all die Vielheiten der Organisationen zu übernehmen und sie augenblicklich in neue Formen zu gießen und ihnen eine nationalsozialistische Willensrichtung und Führung zu geben. Dabei vergaß der politische Leiter keinen Augenblick, daß er zuerst Prediger war und dann erst Amtswalter eines ihm übertragenen Amtes. Prediger und Soldat zugleich, so wird es immer bleiben, dann ist unser Endziel — die Eroberung des gesamten Volkes — unbedingt gewiß. Hitler führt, wir werden wie bisher blindlings folgen und gehorchen.

Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels

Das erste Jahr der nationalsozialistischen Revolution liegt hinter uns. Das deutsche Volk hat wieder zu sich selbst zurückgefunden, das Reich ist in Kraft und Stärke neu entstanden. Wo vor zwölf Monaten noch in den Parlamenten Parteien ihr Unwesen trieben, Regierungskrisen auf Regierungskrisen folgten und das Schicksal des Reiches von seinen Interessentenhaufen bestimmt wurde, steht heute eine einheitliche deutsche Nation, die sich in überwältigender Geschlossenheit zu einer Idee und zu einem Manne bekannnt. Wenn das deutsche Volk auch im neuen Kampffahr so einig bleibt und zusammenhält, dann wird es sein Schicksal meistern und eine neue Zukunft gewinnen.

Reichsinnenminister Dr. Frick

Mit dem Volk, durch das Volk und für das Volk ist unter der genialen Führung Adolf Hitlers der Bau des Dritten Reiches begonnen, und er wird vollendet werden und deshalb Bestand haben auf Jahrhunderte.

Das deutsch-polnische Verständigungsabkommen

Das am 26. Januar in Berlin unterzeichnete zehnjährige Verständigungsabkommen zwischen Deutschland und Polen schließt die erste Etappe auf dem Wege ab, der am 15. November in der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem polnischen Gesandten beschritten wurde. Es regelt noch keine der zwischen den beiden Ländern schwebenden Einzelfragen, von denen eine ganze Reihe — wir erinnern an die Vorgänge in Ostoberschlesien, an die noch immer in der Schwebe gebliebene Neuordnung der Handelsbeziehungen — dringlich gemorden sind, aber es umreißt den Rahmen, in dem die Lösung nunmehr gesucht werden soll, klarer als die allgemeine Vereinbarung vom 15. November, die lediglich die Bereitwilligkeit zu einer direkten Aussprache und zum Verzicht auf die Anwendung von Gewalt festlegte.

Dieser Verzicht auf die Gewaltanwendung ist auch in dem jetzigen Verständigungsabkommen enthalten. Es spricht ausdrücklich aus, daß die gegenseitigen Beziehungen, auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 — das ist der sogenannte Kellogg-Pakt, den man auch den Kriegsschlichtungspakt genannt hat, enthaltenen Grundzüge gestützt werden sollen, und es legt in einem weiteren Absatz noch einmal fest, daß zur Lösung aller Streitfragen unter allen Umständen friedliche Mittel gesucht und daß keinesfalls zum Zweck ihrer Austragung zur Anwendung von Gewalt geschritten werden soll. Insofern bedeutet das Verständigungsabkommen nur eine Bekräftigung der Absichten, die die beiden Staaten schon vorher bekundet haben, und der Verpflichtungen, die sie auf der Basis eines internationalen allgemeinen Vertrages bereits eingegangen.

Das grundtätlich Neue und vielleicht für die europäische Politik Vorbildliche an dem deutsch-polnischen Abkommen ist, daß in einer Form, wie sie in den zahlreichen sonstigen Paktten des letzten Jahrzehnts kaum irgendwo gleich deutlich ausgesprochen wurde, auf beiden Seiten der Willen vorhanden ist, über alle die gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, gleichviel welcher Art sie sein mögen, eine unmittelbare Verständigung herbeizuführen. Das bedeutet, daß der ganze Komplex des deutsch-polnischen Problems aus dem Bereich der allgemeinen europäischen Diskussion herausgelöst und auf einen direkten Interessenausgleich abgestellt werden soll. Es ist bemerkenswert, daß in dem Abkommen nirgends vom Völkerverbund die Rede ist. Bekanntlich hat Frankreich bei allen seinen Vertragsablässen, auch solchen, die zweifelsfrei waren oder sonst einen beschränkten Kreis von Mächten umfaßten, immer entscheidendes Gewicht darauf gesetzt, daß diese Verträge in einer besonderen Klausel ausdrücklich auf den Völkerverbund bezogen wurden. Das letzte charakteristische Beispiel dafür war der Viererpakt, der durch diese Einkapselung in die Völkerverbündnisse seines wahren Charakters entkleidet und der Möglichkeit die Mussolini ursprünglich mit ihm für die Befriedigung Europas schaffen wollte, beraubt wurde. Der Völkerverbund hat inzwischen zur Genüge erwiesen, daß er jedem fruchtbareren Interessenausgleich eher hinderlich ist mit seinen starren Verfahrensvorschriften. Der Austritt Deutschlands aus ihm war der Ausdruck des Protestes gegen ein politisches System, das Europa unbeweglich und unfähig zur Anpassung an neu auftretende Erfordernisse gemacht hat. Wenn Polen sich jetzt in dem mit Deutschland abgeschlossenen Pakt ausdrücklich zur Methode der direkten Verhandlungen außerhalb von Genf und ohne Rücksicht auf Genf bekennt, so ist das ein Erfolg der neuen politischen Gedanken, die in die müßig gewordene Atmosphäre Europas hineingetragen zu haben Deutschland sich zum Verdienst anrechnen darf. Es ist daran zu erinnern, daß der Reichskanzler in seinen Reden wiederholt nach allen Seiten die Bereitwilligkeit Deutschlands zu direkten Verhandlungen und Verständigungen von Land zu Land erklärt hat.

An die Adresse der anderen Staaten, namentlich Frankreichs und Russlands, ist der dritte Absatz des Abkommens gerichtet, der feststellt, daß die von den beiden Regierungen schon nach anderer Seite übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, daß sie der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Damit wird von vornherein jeder Polemik, die etwa verjahren sollte, dem Abkommen eine anti-französische oder anti-russische Spitze zu geben, der Boden entzogen, es wird gleichzeitig aber auch vor aller Welt kundgetan, daß die Bindungen, die Polen Frankreich gegenüber eingegangen ist, ebenso wenig selbstverständlich wie der mit Russland abgeschlossene Nichtangriffspakt, einer friedlichen Politik Deutschland gegenüber im Wege stehen. Auf die Loyalität dieser Erklärung und ihre praktische Durchführung wird es auf Seiten Polens allerdings sehr ankommen, wenn das jetzige Abkommen seine Tragfähigkeit im konkreten Einzelfall erweisen soll.

Englische Denkschrift zur Abrüstung

Simon vor dem Unterhaus

London, 29. Jan. Der Wiederzusammentritt des englischen Unterhauses war ansehnlich der Ankündigung einer außenpolitischen Erklärung Simons von besonderer Spannung begleitet. Unter den anwesenden Diplomaten sah man auch den deutschen Botschafter. Auf die Tagesordnung waren 60 Anfragen gesetzt, die sich zum großen Teil auf außenpolitische Probleme, insbesondere die Abrüstungsfrage, die Frage der Völkerverbundreform und die deutsch-französische Lage bezogen. Simon gab zunächst eine kurze Uebersicht über die Entwicklung der Abrüstungsfrage seit der letzten Sitzung, wobei er besonders seine Besuche in Paris und Rom und den deutsch-französischen Meinungsaustausch behandelte, der inzwischen stattgefunden hatte. Er erklärte, daß die englische Regierung mit allen diesen Mitteilungen informiert sei und daß sie mit größter Aufmerksamkeit verlosat habe. Als Ergebnis sei die Regierung zu dem Entschluß gekommen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo sie ihre eigene Stellungnahme zu der gegenwärtigen Lage bekannt geben müsse (Beifall). Deren Ernst klar zu Tage trete, und daß die englische Regierung einen weiteren positiven Schritt machen müsse, soweit es in ihrer Macht liege, um ein Abkommen zu fördern. Die englische Regierung habe daher ihre Ansichten in einer jetzt an

die englischen Vertreter im Ausland abeschidten Denkschrift zusammengefaßt, die an die bei den neuerlichen Verhandlungen hauptsächlich betroffenen Regierungen übermittelte werde. Die englische Regierung habe die Absicht, diese Denkschrift so bald wie möglich zu veröffentlichen, damit auch die anderen Regierungen Zeit hätten, sie zu prüfen.

Simon zur Völkerverbundreform

Der englische Außenminister Sir John Simon gab in Beantwortung von drei Fragen über die Völkerverbundreform folgende Erklärung ab: Die englische Regierung sei der Ansicht, daß tragendwichtige mit der Völkerverbundreform in Verbindung stehende Fragen hinter der unmittelbaren und wichtigeren Frage der Abrüstung an zweiter Stelle stehen und auf diese folgen müßten. Als Ergebnis der Unterredung, die er in dieser Angelegenheit vor einigen Wochen mit dem Chef der italienischen Regierung gehabt habe, freue er sich, dem Unterhaus mitteilen zu können, daß diese Ansicht von der italienischen Regierung bestätigt und auch von der französischen Regierung gebilligt worden sei. Mussolini habe deutlich zu verstehen gegeben, daß das Ziel die Stärkung des Völkerverbundes sei. Die englische Regierung habe nicht die Absicht, gegenwärtig tragendwichtige Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen.

Ein englisches Memorandum in Berlin überreicht

Berlin, 29. Jan. Der Reichskanzler hat Montag mit tag in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen den britischen Botschafter Sir Eric Phipps empfangen, der ein Memorandum der englischen Regierung übergab, das die Antwort auf die jüngste deutsche Note darstellt.

Daladier bei der Kabinettsbildung

Paris, 29. Jan. Der Abgeordnete Daladier verhandelte am Montag früh mit dem Präsidenten der Republik. Den Bericht erstattete er, daß der Präsident ihm den Auftrag zur Kabinettsbildung angeboten habe. Im Laufe des Abends werde er den Präsidenten erneut besuchen und ihm nach inzwischen erfolgter Befragung seiner politischen Freunde die endgültige Antwort geben. Daladier erklärte, es sei seine Absicht, eine Regierung energischer und achtenswerter Männer zu bilden, die entschlossen sind, die Autorität des Staates im Vertrauen auf die Republik wieder herzustellen.

Ein Kabinett auf breiter Grundlage

Paris, 29. Jan. Der mit der Kabinettsbildung beauftragte ehemalige Ministerpräsident Daladier hat sofort die Besprechungen mit den Persönlichkeiten aufgenommen und zunächst dem Präsidenten des Senats und dem Präsidenten der Kammer den üblichen Besuch abgestattet. Daladier hofft sein Kabinett bis spätestens Dienstag gebildet zu haben. Man schreibt Daladier die Absicht zu, die bedeutenden Posten seines Kabinetts mit vollkommen neuen Persönlichkeiten zu besetzen, um dadurch die in der Öffentlichkeit herrschende Beunruhigung beizulegen. Das Innenministerium dürfte Daladier voraussichtlich selbst behalten. Das Außenministerium soll einen neuen Minister erhalten. Die Absicht Daladiers geht anscheinend dahin, nur möglichst wenige Minister und Unterstaatssekretäre heranzuziehen, dafür aber die Grundlage des Kabinetts wesentlich zu erweitern. Man rechnet in politischen Kreisen damit, daß auch mindestens ein Mitglied der von den Sozialisten abgesplitterten Neu-Sozialisten in die Regierung eintreten wird. Man behauptet sogar, daß der bisherige Kriegsminister hereditäre Aussicht habe, sein Kabinett bis zur Gruppe Marin hin zu erweitern.

Anzulässige Anweisungen an die Presse

Berlin, 29. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind wiederholt Fälle vorgekommen, in denen die Presse von un-berufenen Stellen, von Organisationen, Verbänden usw. angewiesen worden ist, über bestimmte Fragen entweder in bestimmter Weise zu berichten oder nicht zu berichten oder auch Aufträge über bestimmte Fragen den betr. Stellen, Organisationen, Verbänden usw. vor Veröffentlichung zur Prüfung vorzulegen. Ein derartiges Verfahren ist unzulässig. Zu Anord-

nungen an die Presse sind ausschließlich die zum Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gehörige Presseabteilung der Reichsregierung sowie die im Einvernehmen mit dieser arbeitenden behördlichen Pressestellen befugt. Anordnungen anderer Stellen brauchen von der Presse nicht befolgt zu werden.

Einführung des Reichshandwerksführers

Berlin, 28. Jan. Anlässlich der Einführung des neuen Reichshandwerksführers Spenglermeister Schmidt hielt der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt eine Ansprache, in der er zunächst dem bisherigen Führer des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, von Rentelen, den Dank der Reichsregierung aussprach sowie den neuen Reichshandwerksführer Schmidt und seinen Stellvertreter Zelens zu ihrer Ernennung beglückwünschte. Sodann führte er u. a. aus: Ich möchte die Gelegenheit benutzen, zu betonen, daß wir hier in der Regierung in dem deutschen Handwerk einen der stärksten Pfeiler unseres deutschen Volkstums und des deutschen Menschens sehen und daß wir uns bewußt sind, daß diese Kraft, die darin steckt, gepflegt und gefördert werden muß. Ich treue mich, daß ein Mann, der aus dem Handwerk selbst herausgewachsen, an die Spitze des Handwerks gestellt werden konnte, denn gerade er weiß wohl am besten, wie der Handwerker denkt und fühlt. Wir können durch die Maßnahmen, die wir treffen, die Organisation um vieles verbessern. In diesem Sinne müssen wir dann die Innungen ausbauen, und es wird eine der nächsten Aufgaben sein, diese Innungen mit der Zwangsmittelhaftigkeit auszustatten, so daß wir alle Handwerker in diesen Innungen haben.

Die Kirchenführer hinter dem Reichsbischof

Berlin, 28. Jan. Der Reichsbischof hat am Samstag die gesamten Kirchenführer der Deutschen Evangelischen Kirche zu einer Besprechung eingeladen. Als Ergebnis der Aussprache wurde von den Führern aller deutschen Landeskirchen folgende Erklärung abgegeben:

Unter dem Eindruck der großen Stunde, in der die Kirchenführer der Deutschen Evangelischen Kirche mit dem Reichskanzler versammelt waren, bekräftigen sie einmütig ihre unbedingte Treue zum Dritten Reich und seinem Führer. Sie verurteilen aufs schärfste alle Machenschaften der Kritik an Staat, Volk und Bewegung, die geeignet sind, das Dritte Reich zu gefährden. Insbesondere verurteilen sie es, wenn die ausländische Presse dazu benützt wird, die Auseinandersetzung in der Kirche fälschlich als einen Kampf gegen den neuen Staat darzustellen. Die versammelten Kirchenführer stellen sich geschlossen hinter den Reichsbischof und sind gewillt, seine Maßnahmen und Verordnungen in dem von ihm gewünschten Sinne durchzuführen, die kirchenpolitische Opposition gegen sie zu verhindern und mit allen ihnen verfassungsmäßig zustehenden Mitteln die Autorität des Reichsbischofs zu festigen.

Eine Notverordnung des Reichsbischofs

Berlin, 28. Jan. Wie durch den evangelischen Pressedienst kirchenamtlich mitgeteilt wird, hat der Reichsbischof in seiner Eigenschaft als Landesbischof der evangelischen Kirche der altpreußischen Union eine Notverordnung zur Sicherung der einheitlichen Führung innerhalb dieser Union erlassen. Dagegen wird vor allem bestimmt, daß die Geschäfte des Kirchenrats der evangelischen Kirche der altpreußischen Union durch den Landesbischof ausgeübt werden. Dieser ist auch berechtigt, dem Kirchenrat und den ihm nachgeordneten Stellen Weisungen zu erteilen. Die presbyterial-synodale Ordnung der Kirchen und Selbstverwaltungsverbände bleibt unberührt.

Faschismus und Rechtsstand

Berlin, 29. Jan. Die Akademie für deutsches Recht hielt im Berliner Rathaus ihre zweite Vollversammlung ab, in deren Mittelpunkt ein Vortrag der italienischen Professorin Lea Meriggi über „Faschismus und Rechtsstand“ stand. Unter den fast vollständig erschienenen rund 100 ordentlichen Mitgliedern bemerkte man Reichsjustizminister Dr. Gürtner, Reichsfinanzminister von Schuler-Krosigk, den preussischen Justizminister Professor Dr. Popik, den sächsischen Justizminister Dr. Thierack u. a. Dr. Brand eröffnete die Sitzung, indem er des ersten Jahrestages der nationalsozialistischen Machtübernahme gedachte. Dr. Brand begrüßte mit herzlichen Worten den italienischen Botschafter Cer-

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hoffstein.

73. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Stenglein dankte ihm und sah nachdenklich dem Rauch seiner Zigarre nach.

Das Bild hatte sich doch verschoben.

Kurz darauf kam der Versicherungsdirektor mit seinen Begleitern. Er begrüßte den Kriminalisten jovial und setzte sich mit seinen Begleitern an den Tisch.

„Fleißig untersucht, Herr Oberkommissar?“

Stenglein nickte ab.

„Es gab wenig zu untersuchen. Die Meinung aller auf Rosenberg ist . . . Rascheft, verübt von den entlassenen polnischen Arbeitern.“

Der Direktor nickte eifrig.

„Das sagen alle! Hat ja zweifellos auch viel für sich! Ich meine, begreifen kann man es! Aber . . . sind Sie auch so überzeugt, daß es sich nur um einen Rascheft handeln kann?“

Der Kriminalist zuckte die Achseln.

„Ich weiß es noch nicht, Herr Direktor! Ich verfolge jetzt noch einen anderen Weg, aber . . . reslos bin ich noch nicht von seiner Richtigkeit überzeugt. Nur eins, Herr Direktor . . . verzögern Sie die Auszahlung der Summe noch etwas! Wenn es geht um zwei bis vier Wochen!“

„Gern! Natürlich!“ sagte der Direktor eifrig. Er witterte den Anhaltspunkt, den er suchte, um gegen die Auszahlung der Summe zu intervenieren. „Sie meinen, daß eventuell . . . Versicherungsbetrug in Frage käme?“

Der Kriminalist wurde ärgerlich und sagte grob: „Ich meine nichts! Sie können sich auf den Kopf stellen! Sie hören von mir kein Wort mehr!“

Er erhob sich und verbeugte sich.

Verließ die Gaststube und suchte sein Zimmer auf.

Kusche, der Gemeindevorstand und Wirt, geleitete ihn selber nach seinem Zimmer.

Stenglein sah sich um, es schien ihm zu gefallen, er nickte flüchtig.

„Schön, Herr Wirt! Also . . . seien Sie so nett und lassen Sie mich morgen früh um 7 Uhr wecken! Aber zweimal herb klopfen, denn ich schlafe sehr fest.“

„Schön, Herr Oberkommissar, wird besorgt, aber . . . erlauben Sie mir doch einmal ein Wort.“

„Bitte, Herr Wirt!“

„Ich meine nur . . .“ sagte Kusche bedächtig und eindringlich, „das, was Sie mit dem Brucks gesprochen haben, das . . . das habe ich nicht gehört, aber . . . genießen Sie das ja mit Vorsicht! Der Brucks . . . er haßt den Rosenburger wie die Sünde!“

„Gewiß, gewiß, Herr Wirt! Die Abneigung habe ich auch schon herausgehört! Sie dürfen nicht denken, daß ich . . . nun, so alles als bare Münze nehme . . . aber immerhin hat mich Herr Brucks doch auf verschiedene Punkte aufmerksam gemacht, die wert sind, daß man sich mit ihnen befaßt. Die Sache hat auch eine psychologische Seite, lieber Herr Vorstand!“

„Das mag schon sein!“ entgegnete Kusche, der keine Ahnung hatte, was der Kommissar meinte. „Aber . . . vor allen Dingen, das möchte ich betonen . . . der Rosenburger . . . das ist ein Ehrenmann! Da laß ich mir die Hand abhacken!“

Die Herren von der Versicherung saßen mit roten Köpfen um Brucks herum.

Generalagent Nagel aus Bialkowicz erhob sich.

„Sie wollen fort, Herr Nagel?“ fragte der Direktor.

„Ja! Und . . . suchen Sie sich einen anderen Agenten!“

„Sie sind nicht recht bei Trost!“ beehrte der Direktor auf.

„Wer hat Ihnen denn was getan?“

Der kleine Nagel, dessen Blaskopf nur so funkelte, blieb ihm die Antwort nicht schuldig.

„Herr Direktor . . . ich bin 39 Jahre in der Branche . . . und ich sehe mir die Leute an. Wird wenig geben, die

so scharfe Augen haben wie der alte Nagel! Tippen Sie mir nicht an den Mann . . . der Kamerling ist der anständigste Kerl unter der Sonne. Der verschenkt lieber zehntausend Mark, als daß er sich hundert erschwindelt . . .“

Thomas Brucks warf voll Hohn ein: „Nicht hundert, Herr Nagel . . . aber bald hundertsechzigtausend Mark! Das ist schon eher Geld!“

Nagel wurde wütend.

Mit funkelnden Augen sah er den Hünen an.

Mit schriller Stimme schrie er dann den Inspektor an: „Sie sind ein Ehrabschneider . . . Sie sind ein Ehrabschneider!“

Brucks erhob sich und packte den kleinen ehrlichen Agenten vorn an der Brust.

„Was bin ich?“ brüllte er ihn an. „He . . . du heines Reptil . . . was bin ich . . .?“

Er drückte ihn gegen die Wand.

Der Direktor versuchte einzugreifen, die Herren von der Versicherung standen erregt auf. Aber Brucks raste vor Wut.

Dem kleinen tapferen Nagel quollen unter dem harten Griff bald die Augen heraus.

Aber er schrie es dem Hünen abermals in das Gesicht: „Ein . . . Ehrabschneider . . .!“

Die Wirtin hatte nach ihrem Mann gerufen. Kusche, der vierjährige Vorstand, kam sofort, und mit einem Blick überfah er die Sachlage.

„Loslassen, Brucks!“ schrie er den Inspektor an.

„Ablassen soll der Lump!“ leuchtete Brucks, dessen Augen vor Wut leuchteten.

Da öffnete sich die Tür und drei Reichswehrsoldaten traten ein.

Nagel sah sie, erblickte in ihnen seine Rettung. „Ehrabschneider . . . den Kamerling sollste nicht verfeinden!“

Da begriffen die drei Soldaten.

Nitsche, der mit dabei war, schrie Brucks an: „Loslassen!“

(Fortsetzung folgt.)



ruffl. Die italienische Staatsrechtlerin Frau Professor Lea Meriggi wies einleitend darauf hin, daß der Faschismus keine politische Bewegung, sondern eine Lehre, sei, die sich dank der Kraft eines außergewöhnlichen Mannes in der Praxis verwirklichen konnte. Die faschistische Revolution sei an sich eine Rechts- umwälzung, sie sei in ihrem Wesen eine Erneuerung und ein Neubau des Rechts und besonders der grundlegenden Gesetze, die die soziale Ordnung umgestalteten. Das besondere Kennzeichen der vom Faschismus bewirkten Umwälzung in der inneren Rechts- ordnung des Staates sei die Stärkung der Staatsautorität. Ver- bunden mit diesem Begriff sei der der Beamtenhierarchie, die den Weg darstelle, auf dem sich der Begriff der Autorität offen- bare. Die Autorität finde ihren Ausdruck durch die Stufenleiter der Organe, durch die der Befehl übermittelt werde. Daraus folge, daß der Gehorsam das Wesenselement zur Erhaltung der Verbindung zwischen dem Begriff der Autorität und dem der Macht-Stufenleiter sei. Von dieser Auffassung seien in Italien die Gesetze über die Vollmachten des Chefs ausgegangen. Die Vortragende wies mit dem Hinweis, daß der Faschismus keine Lehre nicht zu predigen brauche, weil sein Beispiel mächtiger sei als jede Lobrede. Seine Parole sei, den Geist der Vater- landsliebe zu beleben und das Gerechtigkeitsgefühl zu pflegen.

Keine Ausschaltung der Frau von der ärztlichen Tätigkeit

Berlin, 29. Jan. Bei den zuständigen Stellen sind immer wieder Gerüchte vorgebracht worden, wonach eine Ausschaltung der Frauen aus der kassenärztlichen Tätigkeit, evtl. sogar aus dem medizinischen Studium überhaupt geplant wäre. Der Führer der deutschen Ärzte, Dr. Waagner, nimmt zu dieser Angelegenheit Stellung in einer Bekanntmachung. Darin heißt es, wie das VdZ-Büro meldet, u. a., daß die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium und ihre ärztliche Approbation Sache der maßgebenden amtlichen Stellen sei. Bei der Zulassung zur Kassenpraxis sei allgemein vorgeesehen, daß die Kassenzulassung ruhe, wenn der betreffende Arzt bezw. die betreffende Ärztin oder deren Ehegatte ein anderwertiges Einkommen von minde- stens 600 RM haben. Für Ärztinnen sei also keinerlei Sonder- regelung beabsichtigt. Bei Neuzulassungen zur Kassenpraxis soll- ten aus bevölkerungspolitischen Gründen in erster Linie ver- heiratete Bewerber zugelassen werden und hier wieder diejenigen mit Kindern den Vorrang erhalten. Vor einer beabsichtigten Aus- schaltung von Frauen von jeder ärztlichen Tätigkeit könne also gar keine Rede sein.

Krieg dem Lupus

Berlin, 29. Jan. Im Zusammenwirken zwischen Reichstuber- kulose-Ausschuss, Deutscher Arbeitsfront und Reichsarztzweiger ist ein Kampf gegen die Hauttuberkulose, den Lupus, in Deutschland eingeleitet worden, der zunächst darauf gerichtet ist, zu ermitteln, wie viele Volksgenossen überhaupt unter dieser schweren Krank- heit zu leiden haben. Wie das VdZ-Büro meldet, hat der Reichs- arztzweiger die Ärzteschaft angewiesen, sich an dieser Lupus- zählung zu beteiligen. Die bisherigen Statistiken in dieser Frage sind sehr unvollständig. Ihre Angaben liegen zwischen einer Er- krankenziffer zwischen 20 000 und 40 000. Der Reichsarbeits- minister hat sich jetzt durch eine Verfügung in den Krieg gegen den Lupus eingeschaltet. Er bezeichnet die Mitwirkung der Trä- ger der Sozialversicherung als besonders bedeutungsvoll. Es liege in deren Interesse, wenn die Lupuskranken in der ver- sicherten Bevölkerung möglichst frühzeitig erkannt und behandelt würden, weil hierdurch die großen Ausgaben, die eine spätere langwierige Behandlung erfordert, vermindert werden könnten. Angebracht sei auch die möglichst lang dauernde Behandlung bereits vorgeschrittener Fälle von Lupus.

Landjägererei heißt in Preußen wieder Gendarmerie

Berlin, 29. Jan. Wie der amtliche preussische Pressedienst mit- teilt, hat der preussische Ministerpräsident an die preussische Landjägererei einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: „Die preussische Landjägererei blickt auf eine über hundertjäh- rige Geschichte zurück. Im Wechsel der Zeiten hat sie ihre Pflich- ten erfüllt. Ihre schwersten Jahre waren die für das Vaterland schmachvollen, nun aber seit Jahresfrist hinter uns liegenden Nachkriegszeit. Auch in diesen Zeiten ist der Kern der Land- jägerei gesund geblieben, treu seinem Vaterland, treu seinem Volk! An den Kämpfen gegen die Separatisten und Insurgenten war die Landjägererei führend beteiligt. In diesen Kämpfen von Verbredhand und in Ausübung ihres Berufes starben seit dem 1. Januar 1919 bis zum 30. Januar 1933 über 170 Land- jäger den Heldentod. Ueber 1300 wurden verwundet. Somit hat jeder sechste Landjäger für sein Vaterland geblutet! Die Auf- gaben, die der neue Staat der Landjägererei stellt, liegen klar vor ihr. Jeder Landjäger soll ein Vorbild treuer Pflichterfüllung und aufopfernder Hingabe an den nationalsozialistischen Staat sein. stets eingedenk der Würde und Größe des deutschen Vater- landes und seiner ruhmreichen Geschichte. Um die Landjägererei mit dieser Verantwortung fester zu verknüpfen, gebe ich ihr mit dem 30. Januar 1934, dem ersten Jahrestag der nationalen Re- volution, ihre alte ehrenvolle Bezeichnung, die sie über hundert Jahre geführt hat, zurück. Die Landjägererei soll in Zukunft wieder „Gendarmerie“ heißen.“

Byrds Expedition in Gefahr?

Neuport, 29. Jan. Aus der Walfischbucht ist in Neuport ein Funkpruch des Admirals Byrd eingetroffen, wonach sich 45 Mitglieder der Südpol-Expedition in Gefahr befinden. Das Lager, in dem sich die Leute aufhalten, wird bedroht durch die Auflösung der die Bucht bedeckenden Eiszunge, da die Temperatur nur wenig über dem Gefrierpunkt liegt. Vier andere Mitglieder der Expedition werden in Kleinasien, dem Hauptstützpunkt der Expedition, festgehalten und sind ohne Ver- bindung mit ihren Kameraden. Inzwischen treibt das Flaggschiff des Admirals Byrd inmitten von Eisschollen und ist nicht imstande, vor Anker zu gehen.

Keine Margiftenhilfe für Dollfuß?

Wien, 29. Jan. Der sozialdemokratische Parteitag stellte in seiner Sitzung am Sonntag zur Aufforderung des Bundeskanzlers um Mitarbeit am Neuaufbau des Staates fest, daß die So- zialdemokratische Partei bereits in früheren Beratungen ihre Bereitschaft erklärt habe, an einer friedlichen und verfassungs- mäßigen Entwerfung der politischen Krise mitzuwirken. Der Parteirat erklärte, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei auch

jetzt in jedem Augenblick zu dieser Mitwirkung bereit sei, daß aber der Abbau der Freiheitsrechte des Volkes und der sozialen Rechte der Arbeiter jene innere Bereitschaft der Arbeiterpartei zur Mitarbeit, welche der Bundeskanzler fordere, nicht auf- kommen lasse. Die sozialdemokratischen Arbeiter und An- gestellten ständen zur Unabhängigkeit Oesterreichs und seien be- reit, sie mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Parteirat hat schließlich Beschlüsse über die Fortsetzung des Abwehrkampfes gegen alle faschistischen Bestrebungen beschlossen.

Der unerbittliche Starhemberg

Wien, 29. Jan. Starhemberg hielt am Sonntag auf einer Führertagung des niederösterreichischen Heimatschutzes eine seiner zur Genüge bekannten Reden. Er bestritt dabei energisch, daß Alberti bei den Verhandlungen mit österreichischen National- sozialisten im Besitz einer von ihm, Starhemberg, selbst unter- zeichneten Vollmacht gewesen sei. Seine, Starhembergs, Unter- schrift müsse gefälscht worden sein. Immerhin ergab sich aus Starhembergs weiteren Darlegungen, daß er offenbar von dem politischen Referenten Alberti, Dr. Flor, über die Zusammen- kunft Albertis mit nationalsozialistischen Vertretern unterrichtet worden war. Weiterhin meinte Starhemberg wörtlich: „Man könnte mit den Nationalsozialisten zusammengehen, wenn sie die Absicht hätten, den Faschismus durchzuführen; aber das wollten sie nicht.“ Und da er offenbar das Gefühl hatte, damit noch nicht genug zur Erheiterung der politischen Umwelt getan zu haben, gab er, zum erstenmal vor aller Öffentlichkeit, die Bedingungen preis, unter denen er geneigt wäre, mit Adolf Hitler zu ver- handeln“. Darnach soll Adolf Hitler anerkennen, daß der Fas- chismus in Oesterreich durch den Heimatschutz vertreten und eine Nationalsozialistische Partei in Oesterreich „überflüssig“ sei. Zum Ausgleich dafür ist Starhemberg großmütigerweise bereit, mit sich darüber reden zu lassen, in welcher Form Oesterreich in außen- politischer Beziehung der deutschen Reichsregierung „eine Unter- stützung leisten“ könne.

Nachdem sich Starhemberg dann gegen die christlich-soziale Par- tei gewandt hatte mit der Bemerkung, der Heimatschutz sei nicht bereit, auf der Wera der Korruptionsdemokratie eingeschlichene Elemente in der Zukunft mitzuschleppen, fügte er eiligst hinzu, der Heimatschutz wolle aber wegen lokaler Kleinigkeiten keine Krise mit der Regierung heraufbeschwören. Den Schluß der merkwürdigen Rede bildete die Aufforderung an den Heimats- schutz, von nun an „zum aktiven Antiterror überzugehen“. Jeder Heimatschützer ist verpflichtet so lauteten seine Ausführungen, jedem Angriff sofort entgegenzutreten, bevor er noch die amtliche Bestätigung seines Todes hat, und wenn öffentliche Organe nicht entsprechend einschreiten sollten, dann werden wir selber Ord- nung schaffen. Ich möchte sehen, wer in Oesterreich gegen mich einschreiten wollte wenn wir von unserem Kotrecht Gebrauch machen.

Letzte Nachrichten

Übertragung der Regierungserklärung auf alle deutschen Sender

Berlin, 29. Jan. Die Dienstaufsicht des Reichstags mit der Regierungserklärung durch den Reichsminister Adolf Hitler wird auf alle deutschen Sender übernommen werden. Die Sitzung beginnt um 15 Uhr.

Deutsch-polnisches Zusatzabkommen über die Sozialversicherung

Warschau, 29. Jan. Am Montag wurde hier ein deutsch-pol- nisches Abkommen unterzeichnet, durch das das Abkommen vom 11. Juni 1931 über die Sozialversicherung abgeändert, ergänzt und die Einzelheiten der Durchführung festgelegt werden. Gleichzeitig wurde eine Regelung für die Fälle unterzeichnet, in denen Zahlungen aus der Sozialversicherung an Personen er- folgen, die auf dem Gebiete des anderen Staates beschäftigt sind. Endlich wurden auch die sonstigen Fragen der Sozialversicherung geregelt.

Schweres Erdbeben in Mexiko

Mexiko-Stadt, 29. Jan. Ganz Süd- und Mittelmexiko wurde am Sonntag abend von einem Erdbeben erschüttert. Die mexi- kanische Hafenstadt Acapulco am Stillen Ozean hat schweren Schaden erlitten. Viele Häuser weisen große Sprünge auf. An- gaben über Tote und Verletzte liegen noch nicht vor. Man nimmt jedoch an, daß die Verlustlisten recht umfangreich sein werden.

Japan zur Rede Stalins

Tokio, 29. Jan. Die Rede Stalins hat in politischen Kreisen Japans große Anzittern herbeigeholt. Man erklärt daß die letzten Reden Kaganowitsch, Molotoff und Stalins die politische Lage zugeipicht haben. Das japanische Auswärtige Amt, so wird erklärt, behalte sich weitere Schritte vor, sobald der ge- naue Text der Rede Stalins in Tokio vorliegen wird.

Lokales

Wiltbad, 30. Januar 1934.

Am den Rundfunkveranstaltungen der Reichsregierung am Dienstag, den 30. Januar, einen größeren Empfangsbereich zu sichern, wird an diesem Tage auf Veranlassung des Reichspost- ministeriums der Großrundfunkender Mülhader vorübergehend in Betrieb genommen werden. Eine Wellenänderung tritt hier- bei nicht ein. Der Erfahrender Stuttgart-Degerloch muß währen- dessen schweigen, weil für ihn nach der Wellenumstellung vom 15. Januar keine eigene Welle mehr zur Verfügung gestellt werden kann. Ab Mittwoch, den 31. Januar, werden die Darbietun- gen des Südjunks wieder über den Erfahrender Stuttgart-Deger- loch gehen, damit am neuen Funkturm in Mülhader weitergebaut werden kann.

Arbeitsbeschaffung durch Instandsetzung häuslicher Feuerstätten

Von den durch Reichszuschuß zu fördernden Instandsetzungs- arbeiten in Wohnungen nehmen die an häuslichen Feuerstätten, also an Herden und Öfen, Gaslösch- und Heizeinrichtungen, sowie an Zentralheizungen eine besondere Stellung ein. Nicht bloß weil sie einen erheblichen Teil am Hausbesitz ausmachen und bei gutem Zustand dessen Wert steigern, ferner für Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Benutzer von großem Einfluß sind, sondern auch weil die laufenden Betriebskosten für Brennstoffe in hohem Grade von ihrem guten Zustand abhängen. Bei der Beratungs- tätigkeit des Württ. Wärmewirtschaftsverbandes wird immer wieder die Erfahrung gemacht, daß es an dem ord- nungsmäßigen Zustand der Feuerstätten fehlt. Den undichten Stellen an den Raminen und Abgasrohren, verbrannten Rosten,

defekten Stellen in der Ausmauerung des Feuerraums, schlecht schließenden Öfen- und Abgaslöschrohren, dem Ruß- und Kalkanlag an den wärmeübertragenden Flächen der Feuerräume und Heiz- körperwandungen u. a. wird zu wenig Beachtung geschenkt und dadurch eine unnütze Vergeudung an Brennstoffen verursacht zu- nachteil des eigenen Geldbeutels und der Volkswirtschaft. An- gesichts der Tatsache, daß von der deutschen Kohle über ein Drit- tel im Hausbrand verfeuert wird, was einem Wert von weit über einer Milliarde Reichsmark entspricht, sind die Ersparnisse, die durch Beseitigung der Schäden an den häuslichen Feuer- stätten zu gewinnen sind, sehr beträchtlich und fallen bei dem derzeitigen Einkommensrückgang weiter Volksteile sehr ins Ge- wicht. Dazu kommt noch, daß nachweislich ein Viertel der von den Feuerversicherungsgeellschaften jährlich bezahlten Schaden- summen für Wohnungsbrände in Höhe von 400 Millionen RM auf Schäden in den Feuerungsanlagen zurückzuführen sind, also auch da durch mangelnde Instandhaltung der Feuerstätten Volksgut unnützlich vergeudet wird.

Die zur Zeit gebotene günstige Gelegenheit, die notwendigen Instandsetzungs-, Erneuerungs- und Ergänzungsarbeiten mit einem beträchtlichen Re- chszuschuß ausführen lassen zu können, sollte daher von der einsichtigen Bevölkerung in Stadt und Land in weitem Maße ausgenutzt werden. Dadurch werden zu- gleich bei dem großen Umfang der Feuerungsanlagen inner- halb des Hausbesitzes vielseitige Arbeitsmöglichkeiten für das Handwerk, für Handel und Industrie geschaffen.

Neue Schülerklasse

Übergang aus der Volksschule in höhere Schulen. Nach neuen Bestimmungen des Württ. Kultusministeriums kann bei Schü- lern, die in der Aufnahmepriprüfung den Durchschnitt 1,0 nicht erreicht haben, der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Auf- nahme auf Probe anordnen, wenn das Urteil der Grundschule wesentlich günstiger ist als das Prüfungsergebnis oder wenn be- sondere Gründe vorliegen (z. B. Erkrankung kurz vor oder wäh- rend der Prüfung, ungünstige Schulverhältnisse, Besuch einer nicht ausgebauten Volksschule und dergl.). Der Prüfungsaus- schuss ist vorher zu hören. Der Vorsitzende des Prüfungsaus- schusses kann Schüler, die in dem Klassenzeugnis der Grundschule und in der schriftlichen Prüfung den Durchschnitt 5,0 erreicht haben, von der mündlichen Prüfung befreien. Der Prüfungsaus- schuss ist vorher zu hören.

Württemberg

Staatsschuldordnung

Stuttgart, 29. Jan. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat eine Staatsschuldordnung beschlos- sen. Das Gesetz wird demnächst vom Reichsstatthalter im Rezie- rungsblatt bekanntgegeben werden. Die bisherigen Gesetze über das Staatsschuldenwesen werden durch die neue Staatsschulden- ordnung ersetzt. Die Oberrechnungskammer, die bisher unter der Bezeichnung „Württembergische Staatsschuldenverwaltung“ auch die Staatsschuld verwaltet hat, ist zwar aufgehoben. Träg- dem wird aber auch künftig eine besondere Staatsschuldenver- waltung bestehen. Neu ist insbesondere, daß nach jeder Auf- nahme einer Anleihe unabhängig vom Tilgungsplan, der dem Anleihevertrag zugrunde liegt, ein angemessener besonderer Til- gungsplan aufzustellen ist, der der mutmaßlichen Rücklichts- dauer entspricht, die sich aus dem Verwendungszweck der Anleihe ergibt; ferner daß ein besonderer Tilgungsstock gebildet wird, den das Finanzministerium verwaltet.

Tagung der württ. Kreisleiter

Stuttgart, 29. Jan. Am Samstag und Sonntag fand im Land- taggebäude eine Tagung der württ. Kreisleiter statt, bei der aus einem großen Rückblick auf das erste Jahr der national- sozialistischen Revolution die neue Zielrichtung für den weiteren Ausbau und Aufbau gewonnen wurde. Reichsstatthalter Murr in seiner Eigenschaft als Gauleiter begrüßte jeden einzelnen seiner alten und jungen Mitkämpfer persönlich, um dann in einer großangelegten Ansprache zunächst darauf hinzuweisen, daß das Vertrauen, das die Regierung im Volk habe, zu gewaltiger Ver- antwortung für die Zukunft verpflichte. Mit eigener Konse- quenz, so bemerkte der Reichsstatthalter, gehen wir den einmal beschrittenen Weg in beispielloser Disziplin und mit blindem Vertrauen in das zweite Jahr der Revolution; Immer werden für uns die Grundzüge der Bewegung das Gesetz unseres Han- delns sein. Mit herzlichen Worten der Anerkennung und des Stolzes dankte er seinen Kreisleitern für das, was sie erlitten haben und gab für sich und für sie das Bekenntnis zum Führer ab in der Bereitschaft, auch die größeren Aufgaben der Zukunft auf sich zu nehmen. Die Aufgabe der Partei sei die politische Erziehung des deutschen Volkes. Politische Erziehung aber ist: Beispiel geben. Die Partei bleibt, so schloß der Gauleiter seine Ansprache, Zuflucht und Sprachrohr des Volkes zugleich. Darauf ergriff der stellv. Gauleiter Schmidt das Wort zu grund- sätzlichen Ausführungen über die Haltung der Partei für die Durchführung der nationalsozialistischen Weltanschauung und ihre Verankerung in den biologischen und rassistischen Erkenntnissen. Zu dem besonderen Gebiet von Propaganda und Organisation sprach der stellv. Gaupropagandaleiter Mauer über die Klein- arbeit in der Propaganda und ihre besondere Bedeutung. Als Gauwirtschaftsberater gab Wirtschaftsminister Dr. Vechnig beson- dere Richtlinien für die Zusammenarbeit mit den Kreisleitern. Den Abschluß des ersten Teils der Tagung bildete die Verpflich- tung von neuernannten Kreisleitern. Im zweiten Teil der Ta- gung sprach Gauschulungsleiter Dr. Keit über Fragen der Schul- ung innerhalb der Parteiorganisation, worauf Hauptkreislei- ter Döerndt unter besonderer Würdigung des neuen Schrift- leitergehebes über die Aufgaben der Parteipresse sprach. Gau- betriebszellenobmann Schulz gab einen klaren Ueberblick über die Verwirklichung des deutschen Sozialismus, wie sie in dem neuen Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vorgezeichnet ist. Nach einem weiteren Referat von Vg. Kling über die Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt sprach der Gauarbeitsführer Müller über Arbeitsdienstfragen vom Gesichtspunkt der Jugendberziehung und Arbeitsbeschaffung.

Keine nationalen Symbole bei Fastnachtsveranstaltungen

Stuttgart, 29. Jan. Von der Württ. Politischen Polizei wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Verwenden nationaler Sym- bole in jeder Form, also z. B. auch das Anbringen von schwarz- weiß-roten oder Halbkreuz-Wimpeln, bei Fastnachtsveranstaltun- gen jeder Art gerigmet ist, das Empfinden von der Würde dieser Symbole zu verletzen, und daher polizeilich verboten ist.

Tübingen, 29. Jan. (Nach Leipzig berichten.) Die Universität Leipzig hat auch den ordentlichen Professor für öffentliches Recht und Vorstand des völkerrechtlichen Semi- nars, Dr. Hans Gerber, an ihre rechtswissenschaftliche Fakultät berufen. Erst vor wenigen Tagen hatte der Tü- binger Rechtsphilosoph und Kirchenrechtler Prof. Dr. Schäb- linger einen Ruf nach Leipzig erhalten. Im Herbst letzten Jahres hatte Prof. Gerber bereits einen Ruf an die Uni- versität Hamburg erhalten, doch gelang es der württ. Staatsregierung, ihn zum Bleiben zu bewegen.

Göppingen, 29. Jan. (Zur Familientragödie.) Das blutige Ehedrama, das sich am Sonntag im „Hafen“ abspielte, bei dem Hauswirt Hinderer seiner Frau und seinem 11-jährigen Sohn den Hals durchschnitt, hat nun als letztes Opfer den Mörder selbst gefordert. Er ist seinen schwereren Verletzungen, die er sich durch eine Kugel beibrachte, im hiesigen Bezirkskrankenhaus erlegen. Ueber den Beweggrund zur Tat hören wir, daß zerrüttete Familienverhältnisse die Ursache sind. Wiederholt ist es zu Tötlichkeiten zwischen den Eheleuten Hinderer gekommen, so daß die Frau, die unter dieser Behandlung stark litt, einige Zeit bei ihrer Mutter in München Zuflucht suchte. Sie war erst kürzlich von ihrem Schwager wieder zurückgeholt worden. Die geschäftlichen Verhältnisse der Eheleute Hinderer, die die gute Ehe und Wirtschaft und Regerei „zum jungen Hafen“ betrieben, waren geordnet.

Spraitbach, O. A. Gmünd, 29. Jan. (Tödlicher Autounfall.) Am Samstag wurde auf der Straße Buchengehrens-Wald das Fahrzeug des Unternehmers Windmüller aus Unterrot aus der Fahrbahn geschleudert, wobei Windmüller den Tod fand. Windmüller war 48 Jahre alt und hatte den Bau der Straße Wahlenheim-Hellersdorf übernommen. Sein Beifahrer wurde aus dem Wagen geschleudert und kam mit dem Schrecken davon.

Stengen a. Br., 29. Jan. (Todesfall.) Stadtrat Johs. Reichardt, Betriebsleiter der Firma Alligator-Ventilfabrik hier, ist im Alter von 48 Jahren gestorben. Er mußte sich im Johannium in Ulm einer Hüftgelenkoperation unterziehen, der er infolge eingetretener Herzschwäche erlegen ist. Vor wenigen Wochen war es ihm noch vergönnt, sein 25-jähriges Dienstjubiläum zu feiern.

Vom Ries, 29. Jan. (Der älteste Wein gefunden.) Beim Dessinen eines aus römischer Zeit stammenden Kindergrabes in Tappheim war man im Jahr 1909 auf ein krassenartiges, dunkelgrünes Glasgefäß gestoßen, das eine dickflüssige Masse enthielt. Der Besitzer der Flasche, ein Deidesheimer Weinproduzent, hat nun den Inhalt der Flasche durch Professor Dr. Grüß-Berlin chemisch untersuchen lassen. Die Analyse hat ergeben, daß es sich um den ältesten Weinrest handelt, der auf der ganzen Welt vorhanden ist. Nach dem Gutachten von Prof. Dr. Zahn muß der Wein aus der ersten Zeit christlicher Zeitrechnung sein. Somit stammt also dieser bei Donauwörth gefundene Wein aus dem ersten Jahrhundert nach Chr. und hat den bisher als ältesten Wein bekannten „Römerwein“ in Speyer beträchtlich an Alter überflügelt, da dieser „erst“ aus dem dritten Jahrhundert stammt.

Tettwang, 29. Jan. (Entwässerungsprojekt.) Auf einer Tagung der Entwässerungsgenossenschaften im Bezirk Tettwang machte Reg.-Rat Dr. Kohrer vom Arbeitsamt Ravensburg Mitteilung, daß die Pläne für das Entwässerungsprojekt Bürgermoos schon in 8 Tagen fertig bearbeitet an die Stadtgemeinde zurückgehen. Es handelt sich um etwa 20 000 RM-Tagewerte. Rame das anschließende Projekt (Friedrichshafen) noch dazu, dann wären es weitere 10 000 Tagewerte.

Tettwang, 29. Jan. (Tödlicher Ausgang.) Gerichtsvollzieher Wurster, der am Dreikönigstage in der Karlsstraße auf dem Heimweg vom „Ritter“ verunglückte und sich einen doppelten Knöchelbruch zuzog, ist gestorben. Er stand im 59. Lebensjahre und war seit 10 Jahren beim Amtsgericht Tettwang tätig.

Wauben, 29. Jan. (Amtseinführung.) Am Samstag wurde Bürgermeister Schmidlecher, bisher Bürgermeister in Bietigheim, als neuer Stadtvorstand durch Landrat Fiedler, feierlich in sein Amt eingesetzt. Glückwunschanreden hielten Stadtschreiber Freudenreich als Vertreter des Kreisleiters, Stadtrat Schilling, Stadtschreiber Knaus, ferner die Vertreter der Kirche und Schule.

Ulm, 29. Jan. (Das Münster-Kriegsmal.) Nach einer entscheidenden Sitzung der Vertreter der militärischen Verbände ist nach über zehnjährigen erfolglosen Bemühungen die endgültige Aufstellung des Münsterkriegsmales in der Form eines geschlossenen Gedächtnisraumes in der nordwestlichen Eingangshalle gesichert. Hier entsteht ein stimmungsvoller, von der Münsterbesichtigung unabhängiger, von außen zugänglicher Ehrenraum. Die Einweihung wird voraussichtlich am letzten Sonntag des Monats Juli erfolgen, an welchem Tage alle Truppenteile der Garnison Wiedersehensfeiern veranstalten werden.

Friedrichshafen, 29. Jan. (Musterschule für Lehrlinge.) Eine Musterschule ist auf Veranlassung des Kultusministeriums auf die Dauer von drei Monaten in der Jugendherberge hier eingerichtet worden. Ihre Aufgabe ist die Pflege des Gemeinschaftsgedankens unter der heranwachsenden männlichen Jugend. An der Schulung nehmen 43 Lehrlinge der Zeppelin-Konzernbetriebe teil.

Willy Vogner Kampfspielfieger

Ergebnisse der Stimmzettel

Zusammengesetzter Lauf (Meisterschaft): 1. Willy Vogner, Traunstein 434; 2. Walter Glaz, Klingenthal 425; 3. Alfred Stoll, Berchtesgaden 412; 4. Gustl Müller, Barmisch Zell 405,4; 5. Herbert Leopold, Breslau 405,2; 6. Max Meinel, Alshberg 397; 7. Heinz Ernst, Brückenberg 390,4; 8. Friedel Wagner, Uggau 388,8 Punkte.

Sonderprüfungslauf: 1. Karl Dietl, München 224,5 (47, 44,5); 2. Walter Glaz, Klingenthal 215,2 (45,5, 43 Meter); 3. Meinel, Alshberg 212,5 (43, 43); 4. Stoll, Berchtesgaden 210,7 (43,5, 42,5); 5. Mayer, Braunlage 210,4 (44, 43 Meter).

Klasse 2: 1. Oscar Winkel, Braunlage 188 (36, 41,5 Meter).
Jungmänner: 1. Hans Marr, Oberhof 201 (33,5, 36 Meter); 2. Heindorf, Braunlage 199 (32,5, 36,5); 3. Weisheit, Oberschnau 195 (33, 40 Meter).

Neuer deutscher Triumph

Auf der neuen Olympia-Bobbahn am Riesersee bei Garmisch wurde am Samstag die Weltmeisterschaft im Viererbob in Angriff genommen. Die Anlage repräsentierte sich in tadelloser Verfassung. Die mehrfach umgebauete Kreuzkurve war mit Eisplatten aus dem nahen See einwandfrei hergerichtet, so daß die Teilnehmer über die 1500 Meter lange Strecke große Geschwindigkeiten entwickeln konnten. Sämtliche Fahrten des ersten Tages verliefen ohne jeden Zwischenfall.

Am Sonntag errang dann der erste deutsche Bob mit Hans Kilian am Steuer dem nationalsozialistischen Deutschland den ersten Weltmeistertitel. Die Entscheidung blieb bis zum vierten Lauf offen und lag zwischen Deutschland 1 und Rumänien (Rührer Angelescu), die im dritten Lauf die beste Zeit mit 1:26,38 erzielt hatten. Im vierten Lauf fuhr Bob Deutschland 1 mit Kilian am Steuer in 1:26,21 die schnellste Zeit des Tages und eroberte damit erneut den Weltmeistertitel für Deutschland. Rumänien 2 sicherte sich in 1:27,42 den zweiten Platz.

Handelsnachrichten

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 29. Januar

Buenos Aires (1 Pap.-Peso)	0,673	0,677
London (1 Pfund)	13,11	13,14
Neuyork (1 Dollar)	2,627	2,633
Amsterdam-Rotterdam (100 Gulden)	168,23	168,57
Brüssel-Antwerpen (100 Belaa)	58,24	58,36
Kopenhagen (100 Kr.)	58,59	58,71
Oslo (100 Kr.)	65,88	66,02
Paris (100 Fr.)	16,43	16,47
Prag (100 Kr.)	12,475	12,495
Schwels (100 Fr.)	81,04	81,20
Stockholm-Göteborg (100 Kr.)	67,63	67,77

Stuttgarter Börsebericht vom 29. Jan. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Württ. Goldanleihe bei anhaltendem Angebot knapp gehalten. Der Aktienmarkt zeigte feste Haltung und bei lebhaften Umsätzen meist höhere Kurse, besonders wieder Daimler im Vordergrund.

Getreide

Berliner Markt für Nahrungsmittel vom 29. Jan. Weizen märk. 190-193, Roggen märk. 158-160, Brauerrie 176-183, Sommergerste 165-173, Hafer märk. 145-150, Auszugsmehl 31,70 bis 32,70, Vorratmehl 30,70-31,70, Vollmehl 29,70-30,70, Bädermehl 25,70-26,70, Roggenmehl 21,90-22,90, Weizenkleie 12,20-12,60, Roggenkleie 10,50-10,80, Viktorienbrenn 40-45, kleine Speisebrenn 32-36, Futtererbsen 19-22 RM.

Mannheimer Produktmarkt vom 29. Jan. Am Großmarkt für Getreide und Futtermittel hat das Bild keine Veränderung erfahren. Das Angebot in Weizen wie auch in Roggen ist im Verhältnis zur Nachfrage vollkommen ausreichend. Gerste Hafer und Futtermittel lagen total unverändert. Am Mehlmarkt werden nach wie vor nur die notwendigsten Anschaffungen vorgenommen.

Fruchtpreise, Balingen: Weizen 10, Gerste 8,30 RM. — Seidenheim: Kernen 9,50, Weizen 9,60, Hafer 6,50-6,60, Roggen 7,80 RM. — Ravensburg: Weizen 19-20, Weizen 13,50-13,70, Roggen 16,10, Gerste 16,40-17, Hafer 13,30 bis

13,70 RM. — Neutlingen: Dinkel 7,30-7,90, Weizen 10, Gerste 8,20-9, Hafer 6,80-8, Linjen 14 RM.

Fruchtpreise, Ulm: Kernen 9,50, Weizen 9,20-9,40, Gerste 7,80-8, Hafer 6,70-7,40 RM. — Urach: Weizen 9,20-10, Dinkel 6,50-7,30, Gerste 8,50-9, Hafer 7,30-8, Linjen 16 RM. — Nördlingen: Weizen 9,30, Roggen 8,20, Gerste 8,30 bis 8,40, Hafer 8,10, Bohnen 8,20 RM.

Märkte

Ulmer Schlachtviehmarkt vom 29. Jan. Zutrieb: 7 Ochsen, 16 Färren, 15 Kühe, 18 Rinder, 176 Kälber, 320 Schweine. Preise: Ochsen 25-28, Färren 20-24, Kühe 12-15, Rinder 22-26, Kälber 23-30, Schweine 40-45 Via. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam.

Schweinepreise, Balingen: Milchschweine 13-18 RM. — Seidenheim: Milchschweine 10-15 RM. — Pödingen: Milchschweine 30-36, Läufer 50-60 RM. — Ellwangen: Milchschweine 28-36, Läufer 48-58 RM. — Gailingen: Milchschweine 25-30, Läufer 50-60 RM. — Hall: Milchschweine 28-40 RM. — Marbach: Milchschweine 14-18 RM. — Debingen: Milchschweine 20-28, Läufer 18-60 RM. — Ulm: Milchschweine 15-20 RM. — Balingen a. E.: Milchschweine 28-42 RM.

Schweinepreise, Tütlinaen: Milchschweine 20-32 RM. — Kirchheim a. T.: Milchschweine 18-20, Läufer 30-40 RM. — Lauingen: Milchschweine 15-32, Läufer 45-62 RM.

Ulmer Butterpreise vom 27. Jan. Molkereibutter 1. Sorte 1,25, Molkereibutter 2. Sorte 1,23, Sonnenbutter 1,16, Bauernbutter 0,86 RM.

Evang. Gottesdienst.

Dienstag, 30. Januar 1934, 8 Uhr abends Dankgottesdienst, Stadtpfarrer Dauber. Der Kirchenchor singt: „Lobe den Herrn“ und das „Gloria“ von Bach.

Verleger und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Bad, Wildbad i. Schwarzwald (Jah. 73. Gatz) 24 12 38, 780.

Schöne geräumige

3-Zimmerwohnung

mit Zubehör auf 1. April

Wilhelmstraße 19

zu vermieten.

Auskunft bei Ludwig Pfeiffer.

Sofort oder später

2-3-Zimmerwohnung

zu vermieten.

Wilhelm Schill, Baugeschäft.

300-400 Mark

gegen hypothekarische Sicher-

heit oder gute Bürgschaft von

kl. Geschäftsmann benötigt

zur Ausführung eines größeren

Auftrages von Behörde noch

etwa 200 Mk. Betriebskapital.

Sicherstellung derselben durch

Forderungsbereignung an

diesem Auftrag. **Wer gibt**

dies. Betrag bei guter Ver-

zinsung und etwas Gewinn-

anteil. Zuschriften, die ver-

traulich behandelt werden, unt.

T. 74 a. d. Tagbl.-Geschäftsst.

Inventurverkauf

Während des Inventurverkaufes bis 10. Februar kommt

eine Partie guter Schuhwaren

äußerst billig zum Verkauf.

Mercedes-Schuhhaus

Bott-Seydelmann.



Schützen-Verein Wildbad.

Am Samstag den 3. Februar 1934 findet unser

Familien-Abend

im Hotel „Rühler Brunnen“ statt. — Wir laden hierzu unsere

Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder freundlichst ein.

Beginn 8 Uhr.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. — Auswärtige Gäste

können nur nach vorheriger Anmeldung beim

Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Das Schützenmeisteramt.

Freiwillige Gaben zur Gabenverlosung lassen wir bei unsern

Mitgliedern abholen.

Wildbad, den 30. Januar 1934.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen

Frau Krautwasser Wwe.
geb. Feig

erfahren durften, sagen wir herzlichsten Dank. Besonderen Dank sagen wir dem Herrn Geistlichen für seine trostreichen Worte, der Kapelle des Musikvereins für die Trauermusik, ferner für die vielen Kranzspenden und das zahlreich geleistete zur letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Inventur-Verkauf

Samstag, 27. Jan., bis Montag, 5. Febr. einschl.

Reelle Ware

in Damen-Kleidung zu Inventur-Preisen

Kunstseidene Blusen
Morgenröcke, Wollwesten
Sportblusen, Kinderkleider **2⁵⁰**

E. Berner

nur Ecke Metzger- und Blumenstr.

Tanz-Kleider
Röcke u. Blusen in Wolle u. K'seide
Plüschjacken, Ski-Hosen
Kinder-Kleider und -Mäntel **5⁰⁰**

E. Berner

nur Ecke Metzger- und Blumenstr.

Eleg. Kleider in Wolle u. Seide
gemusterte Kostüme,
Ski-Kostüme, flotte
Winter-Mäntel ohne Pelz **15⁰⁰**

E. Berner

nur Ecke Metzger- und Blumenstr.

Elegante Mäntel
mit echtem Pelz
Modell-Kleider
in Wolle und Seide
Kostüme mit und ohne Pelz **25⁰⁰** und höher

E. Berner

nur Ecke Metzger- und Blumenstr.

PFORZHEIM

